

Von unerfüllten Versprechen, Politikerstreit, Bürgerfrust und neuen Konfliktherden

Nepal ein Jahr nach der Rückkehr zur Demokratie

Thomas Berger

Am 24. April jährte sich zum erstenmal der Tag, an dem König Gyanendra von den Volksmassen gezwungen wurde, in Nepal die Demokratie wieder herzustellen und seinem absoluten Machtanspruch zu entsagen. Ein Jahr nach der zweiten demokratischen Revolution im Himalayastaat sind aber trotz aller Feiern viele Hoffnungen enttäuscht. Weite Bevölkerungsgruppen, vor allem in den Landesteilen jenseits des Kathmandutals, fühlen sich von der Politik im Stich gelassen. Mit der Madhesi-Bewegung brechen neue Konflikte auf, die das Land zu spalten drohen.

Mehr als sonst ist der Balaju-Wassergarten, Kathmandus so beliebte grüne Oase, zum nepalesischen Neujahr am 14. April von Menschenmassen gefüllt. Die Blütenpracht erstickt fast im Getümmel, das von den Klängen einer Musikgruppe umrahmt wird. Mittendrin, wie so viele andere, auch Ashok Aryal. „Ich hoffe, dass nach mehr als zehn Jahren Unsicherheit uns nun Frieden und Aufschwung erhalten bleiben“, wünscht er sich für das neue Jahr und

sieht Nepal insgesamt auf einem guten Weg. „Es ist eine Zeit der Veränderung und des Aufbruchs, und wir werden als Volk schon dafür sorgen, daß unsere Politiker auf dem eingeschlagenen Pfad bleiben.“ Nur die Bürokratie, so der Betreiber eines kleinen Telefonladens, der aus einem fünf Fahrstunden entfernten Dorf nahe Gorkha in die Hauptstadt übergesiedelt ist, habe sich noch nicht recht umgestellt. „Da müssen die korrupten Leute demnächst aussortiert werden.“ Keine Zukunft

gesteht er der Monarchie zu: „Wir wollen keinen König mehr. Nach all seinen Taten, all seinem Machtmissbrauch glaube ich nicht, daß sich noch jemand findet, der ihn ernsthaft haben will.“

Wie das künftige Nepal aussehen soll, darüber gehen die Meinungen durchaus weit auseinander. Doch wen immer man fragt auf den Straßen, die Ablehnung einer Institution, die dem Land bislang als Fundament diente, ist allgegenwärtig. Weg mit dem König, Einführung der Republik – so der Tenor von kleinen Hilfsarbeitern und gutsituierten Geschäftsleuten. Hatte das Ansehen der Monarchie mit dem Massaker im Palast 2001 schon Risse bekommen, so darf es sich der noch auf dem Thron sitzende, wenngleich real sämtlicher Befugnisse beraubte Gyanendra zuschreiben, ihr selbst den Todesstoß versetzt zu haben. „Mit seinem Verhalten während jener 15 Monate der absoluten Herrschaft hat er sich gänzlich disqualifiziert“, meint auch Rajesh, der als Fremdenführer am Durbar Square arbeitet. Der drahtige junge Mann um die 30 ist zudem einer der Anhänger der These, daß der jetzige König selbst seine verlängerte Hand bei jener Bluttat im Palast mit im Spiel gehabt habe. „Jetzt kommt es darauf an, dass der Wirtschaftsaufschwung richtig einsetzt“,

Thomas Berger



Maiaktion

betont Rajesh, der die Übergangsregierung für ihre bisherige Arbeit lobt. Daß die Acht-Parteien-Koalition trotz zunehmender interner Spannungen halten wird, daran glaubt er fest. Dennoch wäre es aus seiner Sicht gut, wenn die Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung möglichst bald in den nächsten Monaten stattfinden.

Kleinliches Gezänk?

Die Unhaltbarkeit des anvisierten Termins im Juni, von der Wahlkommission am Vorabend des Neujahrstages öffentlich eingestanden, hat die Interimsadministration unter Premier Girija Prasad Koirala in eine ernste Krise gestürzt. Von allen Seiten kommen die Attacken, und vor allem führende Vertreter der Vereinigten Marxisten-Leninisten (UML), machten ihn persönlich für das Wahltermin-Fiasko verantwortlich, forderten seinen Rücktritt. Dem schlossen sich zwar die Maoisten nicht an, verstärkten aber umgehend den Druck ihrerseits, nun durch das Interimsparlament die Republik ausrufen zu lassen.

Das teilweise kleinliche Gezänk zwischen den drei stärksten Koalitionspartnern – Ex-Rebellen, UML und *Nepali Congress* (NC) – geht auch Narayan Sigdel auf die Nerven. Den Blick aus der halboffenen Tür auf die Hauptstraße von Pokharas Stadtteil Lakeside gerichtet, läßt er kaum ein gutes Haar am aktuellen politischen Personal. „Denen geht es doch nur um Posten, die mit einem schönen Büro und einem Dienstwagen verbunden sind. Dabei haben die Leute oft kaum das Notwendigste – in den Dörfern gibt es bisweilen nicht einmal Strom, ganz zu schweigen von fehlender medizinischer Versorgung und dem desolaten Zustand der Schulen.“ Der Geographielehrer mit 19 Jahren Berufserfahrung weiß, wovon er spricht. Er stammt selbst vom Dorf, ebenso seine Frau. Um den zwei Söhnen, die jetzt in die 2. und 5. Klasse von Privatschulen gehen, eine bessere Zukunft zu bieten, sind sie nach Pokhara gezogen. Ein Bankkredit hat geholfen,

die zehn Computer anzuschaffen, damit das von Ehefrau Gita geführte Internetcafé ausgestattet werden konnte.

Der Lehrer ist nicht der einzige, der sauer ist auf die regierende Clique in Kathmandu. Gri Baba faßt es zwar in andere Worte, doch die Grundaussage ist ähnlich. Enttäuscht fühlt sich der Eddreißiger, der in Lumbini an einem der kleinen Straßenstände den Rauch seiner Zigarette in die Luft bläst. Die Republik müsse kommen; aber zugleich müsse sich der Regierungsstil ändern, so der vierfache Familienvater, der seinen Lebensunterhalt mit der Fahrradrickscha verdient und damit Frau, drei Söhne im Alter von acht, sechs und vier Jahren sowie ein Baby durchbringen muß. Die Terai-Bevölkerung sei doch schon immer vernachlässigt worden, meint Gri Baba und findet es richtig, dass das *Madhesi Janadbhikar Forum* (MJF) mit einem dreitägigen Generalstreik im Süden den Spitzenpolitikern in Kathmandu ein Warnsignal zukommen läßt. Auch in Buddhas Geburtsort Lumbini bleiben die Geschäfte geschlossen, die Busse abseits der Straßen.

Unruhe im Terai

Es gärt im Terai, und viele, einschließlich der von dort stammenden Politiker in den etablierten Parteien, fordern mehr Beachtung für das Gebiet, in dem nach dem jüngsten Zensus von 2001 immerhin 57 Prozent der Nepalis leben. Binnen eines halben Jahrhunderts ist der Anteil an der Gesamtbevölkerung durch natürlichen Zuwachs und Migration von einem Drittel auf mehr als die Hälfte angestiegen. Kein Wunder also, dass unter anderen der schillernde und auch in den eigenen Reihen nicht unumstrittene MJF-Führer Upendra Yadav neben Autonomierechten in einem föderalen Staatsgebilde mehr Zugang für Madhesis in Justiz, Armee und anderen Institutionen fordert.

Dass sich das MJF als Partei registrieren ließ, um eventuell an den Wahlen teilzunehmen, sehen viele Intellek-



Gri Baba

tuelle aus dem Terai und auch ein Teil des eigenen Fußvolkes kritisch. Ebenso fragwürdig erscheinen Upendra Yadavs Kontakte – nicht nur zu ausgewiesenen Royalisten in Kathmandu, darunter Ex-Premier Surya Thapa, sondern auch zu Hindunationalisten in Indien. Der RSS (*Rashtriya Swayamsevak Sangh*) hat sich aus politischem Kalkül deutlich hinter den Kampf der Madhesi-Aktivistinnen gestellt, während andere Kräfte aus Indien in diesem Konflikt eher zu vermitteln suchen. Das Dialogangebot, das MJF und Interimsregierung wechselseitig unterbreitet haben, kam auch durch Vermittlung aus Delhi zustande.

Der 85-jährige Politveteran Koirala, seit längerem nicht mehr bei bester Gesundheit, wirkt angeschlagen. Seinerzeit unumstrittener Kompromisskandidat für das Amt des Premierministers, scheint er mit der Situation immer mehr überfordert. Während NC-Minister gegen Vorschläge ihrer Kabinettskollegen aus den Linksparteien wettern, war es vor allem für die Maoisten eine Steilvorlage, dass ausgerechnet zum Gedenktag an „Janaandolan II“, die Volksbewegung vor einem Jahr, der König von der Armee mit Salutschüssen und der ehemaligen Nationalhymne geehrt wurde. Kein Wunder bei einem Generalstabschef, der seinerzeit vom Palast quasi adoptiert wurde, meint im privaten Gespräch R.B. Khatri, der Geschäftsführer der FNJ (*Federation of Nepalese Journalists*).

Der Dachverband, dessen Mitglieder aktiv gegen Gyanendras Zensur kämpften und sich teilweise nicht

so einfach einschüchtern ließen, kann sich heute zumindest im Kathmandual über fast ungetrübte Pressefreiheit freuen. Doch nun sei es wichtig, diese auch in Gesetze zu gießen, meinen Khatri und Verbandspräsident Bishnu Nisthuri. Die freie Berufsausübung gelte es ebenso abzusichern wie den ungehinderten Zugang zu Informationen bei staatlichen Stellen. Dass es in einigen Landesteilen weniger gut aussieht, ist kein Geheimnis. Vor allem der Terai ist die Sorgenregion – nicht einmal zu

Zeiten von Bürgerkrieg und absoluter Königsherrschaft war die Gefährdung so groß wie heute. „Damals hat man nur unliebsame Berichterstattung unterbinden wollen. Heute aber werden die Leute angegriffen, allein weil sie Journalisten sind“, sagt R.B. Khatri. Mehrere Rettungsmissionen habe die FNJ-Zentrale schon starten müssen, einigen Kollegen blieb angesichts von Morddrohungen nur die Flucht. 53 Publikationen im Terai haben sei Jahresbeginn ihr Erscheinen eingestellt,

in mindestens 19 Fällen kam es zu tätlichen Übergriffen auf Reporter. Eine traurige Zwischenbilanz, die die Freude ein Jahr nach Rückkehr zur Demokratie und Ende des Bürgerkriegs ebenso schal werden läßt wie die zahlreichen bisher unerfüllten Versprechen der Übergangsregierung.

Zum Autor

Thomas Berger ist freier Journalist mit Schwerpunkten in Südasien, Südostasien, Entwicklungspolitik, Nahost und Migration.

Alte Partner – Zukünftige Verpflichtungen?

Nepals Maoisten und ihre Verbindungen ins Ausland

Markus Keck

Seit Unterzeichnung des Friedensabkommens ringen die politischen Parteien Nepals um die Schaffung einer langfristig friedlichen Ordnung. Insbesondere die Maoisten müssen dabei dafür Sorge tragen, dass auch die Basis den angestrebten Wandel der Partei mitträgt. Zusätzlich verfügen die Maoisten über Verbindungen zu zahlreichen Rebellenorganisationen im Ausland, deren gemeinsame Vergangenheit zukünftige Verpflichtungen bedeuten könnte.

Mit ihren Unterschriften unter das „Umfassende Waffenstillstands- und Friedensabkommen“ vom 21. November 2006 setzten der Übergangspremier Girija Prasad Koirala und der Vorsitzende der *Communist Party of Nepal-Maoist* (CPN-M) Pushpa Kamal „Prachanda“ Dahal dem bereits zehn Jahre andauernden Bürgerkrieg in Nepal offiziell ein Ende. Nachdem die Zivilbevölkerung im Frühjahr ihren Willen zum Frieden in monatelangen Protestmärschen und Demonstrationen zum Ausdruck gebracht und den König zum Abdanken bewegt hatte, war der Weg jetzt auch von Seiten der politisch Verantwortlichen frei für konkrete friedenssichernde Maßnahmen. Diese gestalten sich bis heute nicht gerade einfach. Schließlich geht es um nicht weniger

als eine umfassende Neuformulierung des politischen Systems in dem Himalaya-Staat. Eine neue Verfassung soll die gewaltsame Auseinandersetzung langfristig beenden, soziale Missstände ausräumen und ökonomische Prosperität ermöglichen.

Wichtige Teilerfolge wurden bereits erzielt. Am 15. Januar 2007 wurde die Interimsverfassung in Kraft gesetzt und ein Übergangsparlament installiert, welches der CPN-M 73 Sitze (22 Prozent) und Repräsentanten marginalisierter Gruppen (und „politischen Persönlichkeiten“) 48 Sitze (14,5 Prozent) gewährte. Mit der Verabschiedung der Resolution 1740 durch den Sicherheitsrat erklärten sich die Vereinten Nationen am 23. Januar zu der politischen Mission *United Nations Mis-*

sion in Nepal (UNMIN) bereit, welche die schrittweise Entwaffnung und Kaserernierung maoistischer Kämpfer beaufsichtigt. In Kürze sollen Kommissionen für Frieden und Rehabilitation, sowie für Wahrheit und Versöhnung ihre Arbeit aufnehmen.

Wichtigstes Ziel nationaler und internationaler Anstrengungen ist die Organisation der für Juni 2007 geplanten und inzwischen auf unbestimmte Zeit verschobenen Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung. Tagtägliche gegenseitige Vorwürfe der Parteispitzen zeigen dabei die Schwierigkeiten der Führungsebenen, einen Konsens zu finden und gegenseitiges Vertrauen zu bilden. Auch haben insbesondere die Maoisten dafür Sorge zu tragen, dass ihre Parteibasis den ange-